

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 487

Mittwoch, 15. Juni 2011

17. Jahrgang

Arnold A. Chacón: Neuer US-Botschafter in Guatemala

Am 9. Juni gab der US-amerikanische Präsident Barak Obama seine Intention bekannt, Arnold A. Chacón als neuen Botschafter nach Guatemala zu entsenden. Chacón löst damit den seit 2008 amtierenden Stephen G. McFarland ab. Die *Prensa Libre* zitiert anlässlich der Nominierung Chacóns sowie jener von Earl Anthony Wayne als neuer Botschafter in Mexiko Präsident Obama folgendermassen: „Ich bin dankbar, dass die beiden eingewilligt haben, für meine Regierung zu arbeiten. Unser Land ist gut bedient mit dem Talent und dem Wissen, das diese zwei Männer in ihre neuen Posten einbringen.“

Doch wer ist dieser talentierte Mister Chacón? In diversen alternativen Online-Zeitungen erschien unmittelbar nach der Designation Chacóns ein Artikel von Percy Francisco Alvarado Godoy, in welchem dieser Chacón als einen „erfahrenen CIA-Agenten“ bezeichnet. Und Alvarado Godoy muss es wissen: Der guatemaltekische Autor ging 1960 nach Kuba, wo er während 22 Jahren als Agent „Fraile“ (Mönch) für den dortigen Geheimdienst arbeitete. Er infiltrierte den radikalen Flügel der *Fundación Nacional Cubano Americano*, einer von ExilkubanernInnen gegründeten „Non-Profit-Organisation“ in Miami, deren Ziel der Sturz der Castro-Regierung in Kuba ist. Er hat über diese Erfahrung ein Buch geschrieben „Die Beichte des Mönchs“, in dem er die gewalttätigen Aktionen der rechtsextremen exil-kubanischen Gruppen in Miami gegen die Insel beschreibt. Heute arbeitet er als Spezialist zu internationalem Handel.

Wir veröffentlichen im folgenden Ausschnitte aus seinem Artikel „Ein erfahrener CIA-Offizier als zukünftiger US-amerikanischer Botschafter in Guatemala“. Zu finden auf spanisch unter:

<http://www.rebellion.org/noticia.php?id=129890>

Alles scheint sich zwischen der Aussenministerin Hillary Clinton und Präsident Obama abgespielt zu haben, jedoch hinter verschlossenen Türen. Angekündigt wurde der Botschafterwechsel am 24. Mai unter völliger Geheimhaltung an einem Treffen zwischen dem Sekretär für die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, Arturo Valenzuela, und den US-amerikanischen Botschaftern Zentralamerikas: Anne Andrew (Costa Rica), Vinai K. Thummalapally (Belice), Mari Carmen Aponte (El Salvador), Stephen McFarland (Guatemala), Hugo Llorens (Honduras) und Phyllis Powers (Panama). Valenzuela wurde an diesem Treffen von wichtigen StaatsfunktionärInnen und vom Subadministrator der US-amerikanischen Entwicklungsgesellschaft (USAID) begleitet.

Die Zunahme der Gewalt in Zentralamerika, der ungewöhnliche Anstieg des immer unkontrollierbaren Drogen- und Waffenhandels, aber auch der zunehmende Organisationsgrad der sozialen und der Volksorganisationen, die neue Formen suchen, die Oligarchie zu bekämpfen, bereiten dem Weissen Haus ernsthafte Sorgen. Der taktische Wechsel vom charismatischen und wohlwollenden McFarland zu einem aggressiven Diplomaten wie Chacón, der verdächtigt wird, Verbindungen zum CIA zu haben, sollte den linken und demokratischen Kräften in Guatemala zu denken geben.

Die Interessen Nordamerikas, die Kontrolle über seinen „Hinterhof“ zu behalten und ihre im Namen der Demokratie durchgeführten Interventionen in Panama, Guatemala, Honduras und anderen Ländern der Region, sowie die Rolle von CIA, FBI und USAID ... werden an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt (die Red.). Der Plan Merida ist das jüngste Beispiel US-amerikanischer Einmischung. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels und der Gewalt wird die ganze Region militarisiert. Dazu der Chef des *Comando Sur* des US-amerikanischen Streitkräfte, Dougals Fraser: „Der nördliche Teil Guatemalas, El Salvador und Honduras sind nebst jenen, in denen aktiv Krieg stattfindet, die tödlichsten Zonen der Welt.“

Chacóns Karriere und seine Rolle als Spion

Gemäss der Webseite der US-Botschaft in Spanien ist Chacón seit 2008 Geschäftsträger dieser Botschaft. Davor arbeitete er als Direktor für „Andine Angelegenheiten“ innerhalb des Büros für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, wo er verantwortlich war für Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela. Von 2005 bis 2007 war er Vizesekretär des State Departement und fungierte als Berater der US-Botschaft in Quito. Die diplomatische Karriere diente aber nur als Fassade für seine Arbeit als CIA-Mann, übrigens auch in Westeuropa, in der US-Vertretung bei der UNO, in Honduras, Chile, Mexiko, Italien etc.

Arnold Chacón stammt aus Denver (Colorado). Er hat einen Titel in Internationalen Beziehungen und Rechtswissenschaften. Seine Ehefrau Alida arbeitet ebenfalls im Aussendienst der Vereinigten Staaten.

Hinter diesen Titeln und Posten steht aber ein Leben im Dienste der Verschwörung und der Spionage, der Manipulierung von Regierungen, der Schürung von Konflikten, des Kaufs von Gefälligkeiten. Und vor allem der Täuschung jener, die naiv glauben, dass die Vereinigten Staaten tatsächlich den Terrorismus bekämpfen und demokratische Lösungen für die Probleme der Welt suchen wollen.

Verschiedene von Wikileaks freigegebene Meldungen weisen auf die CIA-Tätigkeit Chacóns in Spanien hin. Kaum hatte er seinen Posten in der US-amerikanischen Botschaft eingenommen, begann er, Informationen über hohe spanische Militärs einzuholen. Er unterhielt sich auch immer wieder mit hochrangigen Staatsleuten über aktuelle militärpolitische Themen und die Terrorismusbekämpfung, um eine Idee davon zu bekommen, wie weit die US-Regierung mit der Unterstützung Spaniens in den Kriegen im Irak und in Afghanistan rechnen konnte. Ebenfalls horchte er spanische PolitikerInnen über ihr Verhältnis zur NATO, Russland, die somalischen Piraten, die illegalen Flüge nach Guantanamo etc. aus; die Gesprächsprotokolle überwies er immer geflissentlich “nach Hause”. Eine seiner Vertrauenspersonen war die spanische Verteidigungsministerin Carme Chacón, die ihm offenbar freundlicher gesinnt war als der Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba.

Der Spezialist im Organisieren von DiplomatInnenempfangen, die der Einholung vertraulicher Informationen dienen, erklärte am 2. Juli 2009 anlässlich eines Empfangs zur Feier des US-amerikanischen Nationalfeiertags: “Die grosse Herausforderung für unser Land liegt darin, unsere Aktionen mit unseren Idealen in Übereinstimmung zu bringen, unsere Träume mit unseren Realitäten zu vereinen.”

Einer der Höhepunkte in Chacóns Karriere war seine – gemäss Wikipedia – direkte Teilhabe an der Torpedierung jeglicher Untersuchungen in Sachen Guantanamo, an der Verhinderung der Aufklärung des Mordes am spanischen Kameramann José Couso, der in Bagdad von einem US-Jeep aus erschossen wurde sowie der Schubladisierung sämtlicher Untersuchungen bezüglich der CIA-Überflüge über spanisches Territorium. In einem am 30. November in *El País* erschienen Artikel von Carlos Yarnoz heisst es: “Die US-amerikanische Botschaft hat in den letzten Jahren alles unternommen, damit die Untersuchungen gegen US-amerikanische Politiker oder Militärs, die für die Folterungen in Guantanamo, die Kriegsverbrechen im Irak und die Entführungsflüge der CIA verantwortlich sind, boykottiert oder gebremst wurden.”

Düstere Vergangenheit als Diplomat

Die Skandale, in die Chacón involviert war, fanden aber nicht nur in Spanien statt. In Ecuador war er im Jahr 2005 in die Unterzeichnung eines Abkommens mit dem damaligen ecuadorianischen Aussenminister involviert, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit zustandekam. Dieser geheime Vertrag erlaubte es dem *Comando Sur*, an der ecuadorianischen Pazifikküste drei “Forschungszentren” aufzustellen, angeblich um das Naturphänomen El Niño zu studieren. Das Abkommen wurde ohne Wissen des ecuadorianischen Kongresses abgeschlossen (was übrigens auch im Fall des Militärstützpunktes El Manta so war) und einer Verletzung des Artikels 161 der ecuadorianischen Verfassung gleichkommt. Chacón nützte dabei seine Stellung als CIA-Vertreter, in dessen Kompetenz die Vergabe von Geldern für Militär- und Polizeihilfe lag. Die drei sogenannten Forschungszentren dienten als Basis für den nordamerikanischen Geheimdienst.

Schlussfolgerungen

Man weiss immer noch recht wenig über den zukünftigen US-Botschafter in Guatemala, aber seine Tätigkeiten als Offizier des nordamerikanischen Geheimdienstes sind längst kein Geheimnis mehr. Seine Anwesenheit in Guatemala bedeutet eine Gefahr insofern, als die angebliche Hilfe im Kampf gegen Gewalt und Drogenhandel genauso gut ein Vorwand sein kann, um die Verfolgung und Repression linker Kräfte zu organisieren und um den in den 70er und 80er Jahren in Südamerika angewendeten *Plan Condor* nach Guatemala zu exportieren, was erneut selektives Verschwindenlassen, brutale Repression gegen ganze Gemeinden und Trauer für das ganze Land bedeuten würde.

Fernando García: Verhaftung eines weiteren Verantwortlichen

Guatemala Stadt, 10. Juni. Im Fall des erzwungenen Verschwindenlassens von Fernando García, Gewerkschafter und Ehemann der Abgeordneten Nineth Montenegro, wurde jetzt ein Ex-Direktor der damaligen *Nationalen Polizei* (PN) verhaftet.

Fernando García verschwand während der Regierung von Óscar Humberto Mejía Víctores (1983 bis 1986), eine Periode, die von einer Serie von Menschenrechtsverletzungen geprägt ist. Laut Mario Polanco von der *Grupo de Apoyo Mutu* (GAM) verschwanden allein im Jahr 1984 in etwa 60 Personen. Alle waren Mitglieder von Gewerkschafts-, Indigenen- und Studierendenvereinigungen.

Im Fall García weiss man, dass neben dem Verhafteten weitere vier Ex-Beamte der Polizei direkt am Verschwinden beteiligt waren, ihre Verhaftung wurde jedoch bisher noch nicht veranlasst. Zwei weitere befinden sich auf der Flucht vor der Justiz. Ebenfalls gibt es laut Polanco weitere Personen, die an dem Verbrechen beteiligt waren und dem Militär angehörten.

Nach 27 Jahren der Unklarheit wurde nun der 71jährige Héctor Rafael Bol de la Cruz verhaftet, welcher das Amt des Polizeidirektors von 1983 bis 1985 innehielt. Am 9. Juni um sechs Uhr morgens wurde Bol in El Progreso, Departement Jutiapa, in seiner Wohnung verhaftet. Der Verhaftete behauptete, dass er unschuldig sei und diesen Herrn (García) nie in seinem Leben gesehen habe.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Rony Urizar, informierte, dass Héctor Bol 30 Jahre lang dem Militär gedient hatte und bis zum Rang der *Coronel* (Oberst) aufgestiegen war. Ende Januar 1991 verliess er das Militär. Zwischendurch wechselte er zur *Nationalen Polizei*, wo er den Posten des Direktors bekam, und nach Beendigung seiner Arbeitsstelle in der PN ging er zu seinem vorherigen Arbeitgeber zurück.

Die Anklage gegen den Ex-PN-Direktor gibt an, dass dieser von der Operation wusste, in der García und Danilo Chinchilla am 18. Februar 1984 verschwanden. Bol de la Cruz ist die vierte Person, die mit dem erzwungenen Verschwindenlassen Garcías in Verbindung gebracht wird. Die ehemaligen Polizeibeamten Héctor Roderico Ramírez und Abraham Lancerio Gómez wurden am 28. Oktober 2010 zu je 50 Jahren Haft dafür verurteilt. Ausserdem wird in der selben Angelegenheit zur Zeit ein Prozess gegen Jorge Humberto Gómez López geführt.

Anhaltende Gewalt und Morde im Polochic-Tal

Panzós, 5. Juni. *Schon in den letzten Ausgaben des ¡Fijáte! berichteten wir über die Räumungen und damit verbundenen Gewalttaten und Menschenrechtsverletzung im Polochic-Tal, welches sich vom Departement Alta Verapaz bis nach Izabal erstreckt. Nun wurde eine weitere Person, María Margarita Che Chub, ermordet. Deshalb geben wir im folgenden eine Pressemitteilung des Komitees der Bäuerlichen Einheit (CUC) wieder, welche die Ereignisse im Polochic-Tal aus Sicht der betroffenen Familien reflektiert:*

Die hunderten von Gemeinden und Strukturen des CUC verurteilen die ansteigende, unangebrachte und allgemeine Unterdrückung der Bauernfamilien im Tal des Flusses Polochic.

Wie sind sehr beunruhigt über die Situation dieser Region, welche mittlerweile von einem hohen Niveau von Unterdrückung, Kriminalisierung, Verfolgung, Einschüchterung und Mord gekennzeichnet ist und durch bewaffnete Gruppen geschürt wird. Diese Gruppen werden von ansässigen Geschäftsleuten und GrossgrundbesitzerInnen bezahlt. Weder der Staat noch das Menschenrechtsprokurat übernehmen Verantwortung, und die Informationen von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen über die Gewalt im Q'eqchi-Territorium sind eher kurz gehalten.

Am 4. Juni, zwischen 23 Uhr und Mitternacht, wurde María Margarita Che Chub, Anführerin der Gemeinde Paraná, Stadtgebiet Panzós, ermordet. Bewaffnete Männer näherten sich ihr auf einem Motorrad und erschossen sie auf kurze Entfernung mit Gewehren des Kalibers 22 im Hof ihres Hauses und im Beisein ihrer zwei Kinder. Die Täter verschwanden, ohne Spuren zu hinterlassen.

María Che war aktive Verteidigerin des Landes der Q'eqchi und der Mutter Erde und arbeitete im Gemeinderat mit. Ebenso nahm sie an der Demonstration vom 29. Mai teil, welche der 33 Jahre des „Panzós-Massakers“ gedachte.

In einem allgemeinen Kontext muss gesagt werden, dass diese bewaffneten Gruppen das Leben von 800 Q'eqchi-Familien bedrohen und sie ihrer Existenz berauben. Im März dieses Jahres wurden sie von ihren Ländern vertrieben, nicht immer auf legale Weise und oft auch durch Schläge und mit Todesopfern.

Die Einschüchterungen haben seitdem nicht aufgehört. Am 21. Mai kreisten vier Hubschrauber über der Finca Agua Caliente und Sauce Inup, warfen Granaten und schossen auf die dort lebenden Familien. Dabei wurden sechs BäuerInnen verletzt und ein siebter, Oscar Reyes, getötet.

Am 15. März wurde Antonio Beb Ac der Gemeinde Miralvalle während einer der vielen Räumungen getötet. Diese Räumungen wurden auf gewaltsame Art durch die Familie Widmann (siehe ¡Fijáte! 481) und ihre Sicherheitsleute durchgesetzt, in Anwesenheit der Nationalen Zivilpolizei, des Militärs und der

Staatsanwaltschaft. Bei diesen Vorgängen wurden 12 Personen verletzt, die Häuser der Familien zerstört, ebenso ihre Habseligkeiten und Ernten.

Für uns sind diese Tatsachen Zeichen einer Unterdrückungsstrategie gegen die Q'eqchi Familien, welche mit Kriminalisierung, Räumungen, Verhaftungen und Morden von GemeindeführerInnen einhergeht und von einigen Kommunikationsmedien noch unterstützt wird. Diese Medien stecken mit den Minen- und ZuckerplantagenbesitzerInnen der Region unter einer Decke.

Ein wichtiger Aspekt in all dieser Gewalt gegen Bauerfamilien ist das dahinter stehende wirtschaftliche Interesse, nicht nur von nationaler Seite, sondern auch von der Zentralamerikanischen Bank Wirtschaftlicher Integration und den Ländern, die deren Aktien besitzen, u. a. Spanien. Dazu kommt die nicaraguanische Familie Pellas, der die Firma Sugar State Corporation in Guatemala gehört.

Gegenüber dieser Situation rufen wir als gemischte Organisation, bestehend aus Frauen, Männer, Indigenen, BäuerInnen und armen Ladinós, alle dazu auf, sich vereint dieser Situation entgegenzustellen. Die internationale Gemeinschaft der Menschenrechte rufen wir dazu auf, eine Mission zu schicken, die ZeugInnenaussagen von den Gemeindegliedern über die konstante Verletzung ihrer Menschenrechte sammelt. Wir fordern von Widmann, dass er die Leben der BäuerInnen und deren Kindern respektiert, von Firmen und Staat, dass sie das Recht auf Demonstration und Meinungsfreiheit respektieren, ebenso wie das Recht auf Land und auf Leben.

Keine weitere Gewalt im Polochic-Tal!
Cabeza clara, corazón solidario y puño combativo
CUC

„Aus dem Schweigen in die Erinnerung“

Guatemala Stadt, 8. Juni. Unter dem Titel „Aus dem Schweigen in die Erinnerung“ wurde am 7. Juni ein 500 Seiten starkes Buch des *Historischen Archivs der Nationalpolizei* (AHPN) vorgestellt.

Darin werden unter anderem die Befehlsketten und Strukturen der Nationalpolizei in der Zeit der grössten Repression während des Bürgerkriegs benannt und deren Unterordnung unter das Militär aufgezeigt. Zugleich wird die Beteiligung der Vereinigten Staaten an den begangenen Untaten anhand von sieben exemplarischen Fällen dokumentiert, beispielsweise bei der Ermordung des Studierendenführers Oliverio Castañeda, des Politikers Manuel Colom Argueta (siehe auch der Artikel über „La Isla“ in ¡Fijáte! 485) oder des BäuerInnenführers Atanasio Zotz Coy.

„Die Mehrzahl dieser Informationen wurde vor zwei Jahren in einem ersten gekürzten Bericht bereits publik gemacht“, erklärte der Koordinator des AHPN Gustavo Meoño, der zugleich die wissenschaftliche und technische Sorgfalt der Untersuchung herausstrich.

„Die heutige Jugend hat keinerlei Vorstellung davon, dass vor nur wenigen Jahren Personen verfolgt wurden und andere erschossen liegen blieben“, sagte Carlos Guzmán-Böckler, Mitglied des *Nationalen Konsultativrates*, während der Übergabe des Berichts ‚an das guatemalteckischen Volk‘, die im Museum der Universität San Carlos stattfand.

Guzmán-Böckler wies auf die Bedeutung dieser Dokumente hin, deren Zweck es sei, „nicht nur das Wissen zu bereichern, sondern auch etwas zu den notwendigen Gerichtsverfahren beizutragen“.

In diesem Punkt traf er sich mit Kate Doyle, Direktorin des Archivs der Nationalen Sicherheit in Washington und Mitglied des Internationalen Konsultativrats des AHPN: „Eines der grössten Probleme, dem sich bisher die Kommission zur historischen Aufarbeitung gegenüber sah, war das Fehlen von offiziellen Informationen der Regierung, des Militärs sowie der diesem untergeordneten Nationalpolizei“, sagte Doyle. Dank seiner historischen in ihm versammelten Zeugnisse könne das AHPN einen grossen Beitrag leisten für die Strafgerichtsverfahren gegen die Verantwortlichen des Verschwindenlassens und der extralegalen Hinrichtungen.

Zugleich hat das AHPN seine Webseite eröffnet (<http://www.archivohistoricopn.org>), auf der sich der genannte Bericht „Aus dem Schweigen in die Erinnerung“ befindet und weitere Informationen über Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die gemäss des *Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen* eingesehen werden können.

Regierung weigert sich weiterhin, die Mine Marlin zu schliessen

Guatemala Stadt, 12. Juni. Die Regierung Colom weigert sich weiterhin, das Urteil der *Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte* (CIDH) umzusetzen, das verlangt, die Mine Marlin in San Miguel Ixtahuacán, San Marcos, zu schliessen. Der Vizeminister für Energie und Bergbau, Ricardo Pennington, begründete dies vor der Presse damit, dass es nach Einsicht in alle Studien, Analysen und Stellungnahmen diverser beteiligter

Regierungsstellen keinerlei Grund gebe, den Betrieb der Mine Marlin I des kanadischen Konzerns GoldCorp zu suspendieren.

Der Beschluss sei gefasst worden, nachdem das Verfahren über die Betriebsschliessung, das das Gesetz vorgibt, und alle Befragungen über mögliche Gründe einer Beendigung der Operationen der Firma abgeschlossen worden seien. Es gebe keinerlei Verbindungen zwischen den Klagen der 18 Gemeinden und den Operationen in der Mine. Die BewohnerInnen hatten über gesundheitliche Probleme infolge der Kontaminierung durch den Goldabbau geklagt. Der Exekutivdirektor von GoldCorp, Mario Marroquín, zeigte sich zufrieden über den Entscheid der Regierung, „weil durch dieses Verfahren klargestellt werden konnte, dass unser Unternehmen nationale und internationale Gesetze beachtet hat.“

Heftige Kritik kam von Umweltverbänden: Die Koordinatorin der *Schule für Ökologisches Denken SAVIA*, Magalí Rey Rosa, nannte die Entscheidung „ein Zeichen von Zynismus der Regierung, sei es die von (Alfonso) Portillo, (Oscar) Berger oder (aktuell Álvaro) Colom, weil ein Urteil der CIDH befolgt werden muss und nicht angefochten werden kann“.

Auch der Direktor des Umweltaktions- und Rechtszentrums CALAS Yuri Melini erklärte: „Die Entscheidung der CIDH ist eindeutig: die Arbeiten in der Mine müssen abgebrochen werden, solange die Klagen untersucht werden.“

Nach Angaben von GoldCorp hat die Firma zwischen 2005 und 2010 Gold und Platin im Wert von 1.416 Millionen Dollar aus der Mine verkauft. Im letzten Jahr waren es allein 500 Millionen Dollar, und für dieses Jahr sei eine Steigerung von 15-20 % wahrscheinlich. Auch in der Gemeinde San Miguel Ixtahuacán gibt es offenbar Leute, die von derartigen Zahlen geblendet sind und auf der Seite von GoldCorp stehen. So zitiert die Tageszeitung *Siglo21* einen Gemeindevertreter namens Juventino Bámaca mit den Worten, die Opposition in der Gemeinde käme nur von einer Minderheit und diese hätte ihre Klagen niemals beweisen können. Inwieweit die Entscheidung der Regierung das letzte Wort in diesem Fall sein wird, wird man sehen.

Wahlkampf: Mord an Bürgermeisterkandidaten und (in-)transparente Finanzen

Guatemala Stadt, 12. Juni. Der Wahlkampf hat begonnen, zum Teil den gesetzlichen Beschränkungen zum Trotz. Und er hat sein erstes Todesopfer gefordert: In der Nacht zum Samstag, 11. Juni, wurde der Bürgermeisterkandidat von San Jose Pinula, Departement Guatemala, Augusto Ovalle Barrera und zwei ihn begleitende Frauen in einem wahren Kugelhagel auf ihr Auto ermordet. Barrera war der Kandidat des *Partido Unionista* PU des aktuellen Bürgermeisters von Guatemala Stadt und Ex-Präsidenten Álvaro Arzu. Wenn solche Taten Schule machen, sieht es düster aus für die Wahlen.

Ein anderes Thema, das heftig diskutiert wird, ist die Frage der Finanzen der Parteien und der KandidatInnen, insbesondere jener, die zuvor öffentliche Ämter innehatten. Das Linke Bündnis um Rigoberta Menchú und Aníbal García hatte Ende Mai die anderen Parteien besucht, um für Transparenz bei der Finanzierung der Parteien und der Wahlkampagne zu werben. Laut einer Schlagzeile von *Siglo21* unterstützen 85 % der GuatemalteKInnen dieses Anliegen. Ob es jedoch umgesetzt wird, ist fraglich. Alle Parteien reden von Transparenz, aber wehe, sie müssen ihre Finanzen offenlegen!

Wie heikel das Thema ist, zeigt sich schon daran, wie manche ParteienvertreterInnen mit der Aufforderung des *Obersten Wahlgerichts* TSE umgehen, dass jede/r KandidatIn eine Bescheinigung des Rechnungsprüfungsamtes vorlegen müsse, die besagt, dass er oder sie keinerlei Schulden und auch keine Verfahren wegen finanzieller Unregelmässigkeiten gegen sich laufen hat.

Manche Ausflüchte von ParteienvertreterInnen sind durchaus amüsant: so insistierten einige, dass auch KandidatInnen ohne Probleme bis zu einem Monat auf die besagte Bescheinigung warten müssten, was ihre Kandidatur verhindere. „Wir haben Fälle, in denen unsere Mitglieder keinerlei Forderungen gegen sich laufen hatten und dennoch müssen sie 20 Tage auf die Bescheinigung warten“, sagt etwa die Kandidatin der Patriotischen Partei (PP), Anabella de León. Luis Rosales von der FRG berichtet von eigenen Erfahrungen: Aufgrund eines Fehlers habe er sich nicht in der Filiale des Rechnungsprüfungsamtes in Zone 13, sondern in Zone 1 einfinden müssen: „Die Warteschlange war lang, es gab keinerlei Komfort, und es war unsäglich heiss.“ PolitikerInnen haben es verdammt schwer in Guatemala! Und die Gesetze bzw. jene, die über ihre Einhaltung wachen sollen, haben es schwer mit ihnen.

Derweil haben die wichtigsten Parteien ihre KandidatInnen in Stellung gebracht. In Sachen Sandra Torres gibt es weiterhin Versuche, ihre Kandidatur zu verhindern. Es fehlt noch die Entscheidung der FRG, wen sie ins Rennen schicken wird. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben über die Parteien und ihre PräsidentschaftskandidatInnen ausführlich berichten.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-